



Die französische Präsidentschaftswahl 2027 liegt noch in der Zukunft. Doch eines zeichnet sich bereits heute deutlich ab: Der kommende Wahlkampf wird nicht nur von Parteien, Kandidaten und Medien geprägt werden. Er wird die erste französische Präsidentschaftswahl sein, in der künstliche Intelligenz eine zentrale Rolle spielt.

Die Technologie wird nicht selbst kandidieren. Sie wird keine Stimmen abgeben und keine Wahlplakate aufhängen. Dennoch dürfte ihr Einfluss auf die politische Meinungsbildung größer sein als jener vieler traditioneller Akteure. Was bislang Menschen vorbehalten war – das Verfassen von Reden, das Erstellen von Kampagnenmaterial, die Analyse von Wählergruppen oder die Entwicklung politischer Botschaften –, kann heute innerhalb von Sekunden von Algorithmen übernommen werden.

Für die Parteien eröffnet dies neue Möglichkeiten. Wahlkämpfe werden effizienter, kostengünstiger und präziser. Kleine politische Bewegungen erhalten Zugang zu Instrumenten, die früher nur großen Apparaten mit umfangreichen finanziellen Mitteln zur Verfügung standen. Programme können zielgerichtet auf unterschiedliche Wählergruppen zugeschnitten, Inhalte automatisiert verbreitet und Reaktionen des Publikums in Echtzeit ausgewertet werden.

Doch dieselbe Technologie, die den politischen Wettbewerb demokratisieren könnte, birgt erhebliche Risiken für die Demokratie selbst.

Das eigentliche Problem liegt nicht in der Fähigkeit der künstlichen Intelligenz, überzeugende Texte oder Bilder zu erzeugen. Gefährlicher ist ihre Fähigkeit, die Grenze zwischen Realität und Fiktion zu verwischen. Bereits heute sind täuschend echte Videos, manipulierte Sprachaufnahmen oder künstlich erzeugte Bilder kaum noch von authentischem Material zu unterscheiden. Mit jeder technologischen Weiterentwicklung sinkt die Hürde für deren massenhafte Verbreitung.

Demokratische Gesellschaften leben jedoch von einem grundlegenden Konsens über die Wirklichkeit. Bürger können über politische Lösungen streiten, solange sie sich zumindest auf gemeinsame Fakten beziehen. Wenn aber nicht mehr klar ist, ob ein Video echt, ein Zitat authentisch oder ein digitaler Gesprächspartner überhaupt ein Mensch ist, gerät dieses Fundament ins Wanken.

Die eigentliche Gefahr besteht daher nicht darin, dass Wähler massenhaft Falschinformationen glauben. Weitaus folgenschwerer wäre ein Zustand allgemeiner Unsicherheit, in dem jede Information verdächtig erscheint und jede Behauptung als potenzielle Manipulation wahrgenommen wird. Wo das Vertrauen in überprüfbare Tatsachen



schwindet, wird demokratische Debatte zunehmend unmöglich.

Europa hat auf diese Entwicklung mit neuen Regulierungen reagiert. Doch die Erfahrung zeigt, dass technologische Innovationen meist schneller voranschreiten als politische Gesetzgebung. Während Behörden Regeln formulieren, entwickeln Plattformen und Softwareanbieter bereits die nächste Generation digitaler Werkzeuge.

Die Herausforderung für die Präsidentschaftswahl 2027 wird deshalb weniger technischer als politischer Natur sein. Parteien werden offenlegen müssen, wie sie künstliche Intelligenz einsetzen. Medien werden ihre Verifikationsmechanismen weiterentwickeln müssen. Und die Bürger werden lernen müssen, digitale Inhalte kritischer zu hinterfragen als bisher.

Künstliche Intelligenz ist weder ein Feind der Demokratie noch ihr Retter. Sie ist ein Instrument. Ob sie das politische System stärkt oder schwächt, hängt letztlich von den Regeln ab, unter denen sie eingesetzt wird.

Die Wahl von 2027 wird nicht von Maschinen entschieden werden. Aber sie könnte die erste sein, in der Maschinen maßgeblich bestimmen, wie politische Wirklichkeit wahrgenommen wird. Genau deshalb verdient diese Entwicklung schon heute die volle Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit.

Autor: Andreas M. Brucker